



Hess. Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Postfach 31 09 · D-65021 Wiesbaden

Geschäftszeichen (*Bitte bei Antwort angeben*)
II8.d – 99a.06.49.02

Bundesgesellschaft für Endlagerung
Eschenstraße 55
31224 Peine

Bearbeiter/in: Frau [REDACTED]
Durchwahl: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]@umwelt.hessen.de

Ihr Zeichen: SG02101/7-1/8-2022#1
Ihre Nachricht vom: 1. April 2022

Datum: 25. April 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Interesse haben wir an den Online-Veranstaltungen der BGE zur Vorstellung der Methodenentwicklung für die repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) vom 25. März bis zum 1. April 2022 teilgenommen.

Es ist aus unserer Sicht zu begrüßen, dass dabei frühzeitig ein Arbeitsstand vorgetragen und zur Diskussion gestellt wurde. Auch Ihr Ansatz, die fachliche Expertise der Staatlichen Geologischen Dienste (SGD) in Form von Stellungnahmen zur Methodenentwicklung der rvSU zu nutzen, findet unsere volle Unterstützung. Im Sinne einer klaren und transparenten Kommunikation wäre jedoch ein direktes Anschreiben der SGD mit der Bitte um Stellungnahme wünschenswert gewesen, ebenso wie die direkte Übersendung der zu bewertenden Unterlagen. Dies wurde im Vorhinein auch von der BGE so zugesagt.

Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass die Frist für die Stellungnahme in Anbetracht des Umfangs der Dokumente sehr knapp bemessen ist.

Sie müssen bedenken, dass die Personalressourcen unseres Hessischen Geologischen Landesdienstes begrenzt sind und Ihre Abfragen immer zusätzlich zu den eigentlichen Kernaufgaben bewältigt werden müssen. Vor diesem Hintergrund sehen wir auch die nun zum 1. April parallel gestellte Datenabfrage zur Entwicklung von Methoden für die Anwendung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien (planWK) gemäß § 25 StandAG kritisch. Diese Abfrage muss mindestens in Teilen von genau jenen Kolleginnen und Kollegen beantwortet werden, die sich derzeit bereits intensiv mit der Methodenentwicklung für die rvSU auseinandersetzen. Wir sehen es als zusätzlich unglücklich, dass zu den planWK offenbar verschiedene Abfragen parallel an verschiedene hessische Stellen geschickt wurden, ohne den Verteiler und die jeweiligen Inhalte transparent zu machen. Dies hat zu Irritationen und unnötigem Abstimmungsaufwand geführt. Wir sehen uns diesbezüglich gehalten, zunächst das Informationsgespräch am 26.04.22 abzuwarten.

Wir sind bestrebt, die BGE in allen Phasen des Verfahrens zur Standortauswahl für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle mit der in Hessen vorhandenen Expertise und den benötigten Daten zu unterstützen. Um dies jedoch umsetzen zu können möchten wir anregen, zukünftig die Terminierung entsprechender Anliegen mit samt der zugehörigen Fristsetzung im Hinblick auf die Kapazitäten der adressierten Dienststellen vorzunehmen. Es steht für uns außer Frage, dass die Qualität des Verfahrens nicht aufgrund von Zeitdruck beeinträchtigt werden darf.

D-65189 Wiesbaden,
Mainzer Straße 80

Telefon: 0611/815-0
Telefax: 0611/815-1941

E-Mail:
poststelle@umwelt.hessen.de

Internet:
www.umwelt.hessen.de



Gütesiegel
Familienfreundlicher
Arbeitgeber
Land Hessen




ZERTIFIZIERTER
FAHRRADFREUNDLICHER
ARBEITGEBER
Eine Initiative der EU und des ADFC

Wir würden uns darüber freuen, wenn unsere Hinweise im weiteren Verfahren Berücksichtigung finden würden, und wir auf diese Weise unsere Zusammenarbeit weiter verbessern könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. 

Referat für Strahlenschutz,
Großbeschleuniger, Notfallschutz

Gez. i.V. 

Referat für Bergbau,
Bergrecht, Geologie